**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
**Herausgeber:** Gesellschaft Schweizer Monatshefte
**Band:** 55 (1975-1976)
**Heft:** 1

**Rubrik:** Kommentare und Berichte

**Nutzungsbedingungen**
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 06.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

# *Kommentare und Berichte*

## TERROR – TAKTIK OHNE ZUKUNFT

Die anarchistischen Gewalttaten, welche die Bundesrepublik Deutschland in den letzten Jahren erschütterten und die in der Entführung des Berliner CDU-Vorsitzenden Peter Lorenz anfangs März dieses Jahres einen vorläufigen Höhepunkt gefunden haben, drängen die Frage auf nach politischem Gewicht und Fernwirkung dieser Form des Terrors. Die historischen Erfahrungen zeigen, dass es auf diese Weise kaum je gelungen ist, einen Staat oder eine Gesellschaftsform aus den Angeln zu heben. Der Terror wirkte höchstens als Katalysator; Erfolg hatte er nur dort, wo auf breiter Basis revolutionäre Voraussetzungen bereits bestanden. Im Unterschied zu früheren Wellen des Anarchismus hat sich freilich erwiesen, dass der moderne Staat mit seiner vielfältigen und komplizierten Struktur dem Terror gegenüber viel anfälliger ist und ihm auch wehrloser gegenübersteht. Diese Lähmung der staatlichen Macht wird verstärkt durch das heute stets präsente Bewusstsein des Humanitären: der Schutz menschlichen Lebens hat Vorrang vor allen andern Überlegungen, auch vor jenen von Recht und Gesetz.

Es ist müssig, sich darüber zu streiten, welcher Weg in der Bekämpfung des Terrorismus besser ist: durch Flexibilität, wie sie im Fall Lorenz gezeigt wurde, oder durch unbeugsame Härte. Beide haben ihre offensichtlichen Gefahren und Nachteile. Die Wahl zwischen Abbau und Aushöhlung der Rechtsnormen und den Risiken blutiger Auseinandersetzungen bleibt auf jeden Fall ein Entscheid zwischen zwei Übeln.

Wichtiger als dieses Problem ist die Frage nach den indirekten, langfristigen Auswirkungen der anarchistischen Gewalt. Es ist klar, dass sich die Terroristen auf eine Methode festgelegt haben, die letztlich auch sie selbst bedroht. Ob das mit planmässiger Überlegung geschieht, ist schwer eindeutig zu beantworten. Die These, dass der «latent faschistische Charakter» des bürgerlichen Staates enthüllt werden müsse, taucht zwar immer wieder auf, Allgemeingut dürfte er jedoch angesichts der Zersplitterung und Uneinigkeit dieser diffusen Bewegungen nicht sein. Taktisch freilich werden über kurz oder lang die von kleinen sektiererischen Haufen herausgeforderten Staaten und Gesellschaften sich gegen gewalttätige Übergriffe zu wappnen suchen. Der Staat wird sich auf seine eigene Stärke besinnen, und die Regierungen dürfen dabei gewiss sein, sich in ihrer Abwehrreaktion auf einen

breiten Konsens der Bevölkerung stützen zu können.

Dieser Ruf nach «Gesetz und Ordnung» ist oft lächerlich gemacht worden. Tatsächlich handelt es sich um eine durchaus legitime und vernünftige Forderung; jede Gesellschaftsform strebt nach einer solchen Norm. Die Weimarer Republik wäre kaum den Drohungen und Verlockungen Hitlers zum Opfer gefallen, hätte sie sich rechtzeitig auf Gesetz und Ordnung besonnen. Gefahren entstehen erst dort, wo dieser Ruf zur leeren Formel wird, die zu Erstarrung und Immobilismus führt. Das Problem reduziert sich äusserlich zunächst auf die Wahl der Mittel, die der Staat gegen den Anarchismus einzusetzen gewillt ist, und es wird einer klug abwägenden Politik bedürfen, hier den Weg zwischen Härte und Biegsamkeit zu finden. Selbst diese Taktik aber dürfte nutzlos sein, wenn sie nicht verbunden wird mit dem ständigen Bestreben einer Verbesserung der sozialen Strukturen und der Bekämpfung der menschlichen Ungerechtigkeiten, um dem Anarchismus den Boden zu entziehen, aus dem er Kraft und Ansporn zu seiner Agitation zieht.

*Alfred Cattani*

## AUCH EINE FRAGE DES POLITISCHEN FÜHRUNGSWILLENS

Ist das Abstimmungsergebnis vom 2. März wirklich ein Alarmzeichen dafür, dass unsere direkte Demokratie die Grenzen der Funktionsfähigkeit erreicht habe, wie dies in zahlreichen Pressekommentaren zur Verwerfung des Konjunkturartikels zu lesen war? Tatsächlich deutet manches in diese Richtung. Eine krasse Minderheit der Stimmberechtigten von 13 Prozent hat im Verein mit der Hälfte der Stände eine Vorlage bachab geschickt, die in mehrjährigen Bemühungen unseres ganzen politischen Apparats zur Abstimmungsreife gebracht worden war. Von diesen 13 Prozent sollen gemäss einer Meinungsumfrage im Auftrag des Schweizer Fernsehens zudem nur gerade 5 Prozent genau gewusst haben, was sie nun eigentlich mit dem Stimmzettel «bodigten». Die übrigen 8 Prozent scheinen jenes Kontingent grundsätzlicher Neinsager zu repräsentieren, das nun einmal zur Landschaft der Referendumsdemokratie gehört.

Das ist in der Tat ein Sachverhalt, der zu denken geben muss. Man wird sich aber trotz allem hüten müssen, das Kind nun mit dem Bade auszuschütten. Richtig ist, dass die Stimmbürgerschaft am 2. März in ausserordentlichem Masse die aktive Mitverantwortung refüsiert hat. Richtig ist auch, dass dabei ein ausserordentlich tiefer Informationsstand stark ins Gewicht fiel. Aber ebenso richtig ist, dass für dieses Wählerverhalten vom ersten Märzsonntag ausserordentliche Umstände von besonderem Ausmasse geltend gemacht werden können. Neben der sattsam bekannten Tatsache des überfüllten Abstimmungskalenders und

der entsprechenden politischen Überfütterung des Bürgers muss hier vor allem darauf hingewiesen werden, dass das «politische Establishment» diesmal seine Führungsrolle in höchst fragwürdiger Art wahrgenommen hat – und dies ausgerechnet in einem Fall, da die Vorlage im Hinblick auf ihre materielle Weitschichtigkeit und Komplexität in ganz besonderem Masse der Erläuterung im persönlichen Einsatz bedurft hätte.

Die Unlust eines Teils des «Establishments» zeigte sich schon darin, dass zahlreiche Kantonalparteien verschiedener Lager der Ja-Parole ihrer eidgenössischen Gremien die Gefolgschaft verweigerten; dasselbe gilt für mehrere berufsständische Organisationen. Zwar wird in solchem Zusammenhang immer wieder – und nicht ganz zu Unrecht – betont, dass Parteiparolen für die Bürgerschaft nicht allzu hohen Stellenwert geniessen. Im vorliegenden Fall war aber mit dem Auseinanderklaffen der Stellungnahmen auch eine abstimmungspolitische Neutralisierung oder gar ein Ausscheren vieler Parlamentarier verbunden, wodurch es in manchen Kantonen fast unmöglich wurde, dem stark verbreiteten Gefühl der Unsicherheit und Skepsis wirksam zu steuern. Ein Teil der erschreckend hohen Zahl der Stimmenthaltungen mag hier, im spürbaren Fehlen eines entschlossenen Führungswillens bei vielen parlamentarischen «Regionalfürsten», den entscheidenden Grund haben.

Daraus ergibt sich eine Schlussfolgerung, die vor allem auch für die kommenden Abstimmungen über die sich rasch ablösenden weiteren gesetzgeberischen Reformwerke von Bedeutung ist: Vorlagen komplexer Art bedürfen unbedingt des vollen öffentlichen Engagements des politischen «Establishments». Gesetzeswerke, die mit allzu vielen knappen Detailentscheidungen des Parlaments und entsprechenden «Frustrationen» der Volksvertreter belastet sind, müssen zum vornherein als gefährdet betrachtet werden. Denn die daraus resultierenden «bedingten Unterstützungen» in der späteren öffentlichen Meinungsbildung erschweren es dem Bürger zusätzlich, zu einer eigenständigen Entscheidung zu kommen – mit der Folge, dass er zu Hause bleibt oder «prophylaktisch» Nein stimmt.

*Richard Reich*

## UNBESTIMMTE WECHSELKURSARITHMETIK

Die Zeichen häufen sich, die darauf hindeuten, dass Teile der schweizerischen *Exportindustrie* sich mit immer grösseren Schwierigkeiten konfrontiert sehen. Die Uhrenindustrie hat kürzlich an einer Pressekonferenz auf stark rückläufige Auftragseingänge hingewiesen. Die Textilindustrie klagt über substantielle Einbrüche. Gewisse Bereiche der Chemieindustrie sehen ihre Wettbewerbsstellung erheblich verschlechtert. Die Schuhindustrie befindet sich seit einiger Zeit in einem «Redimensionierungsprozess». In allen Fäl-

len wird als Hauptschuldiger dieser Entwicklung der Schweizerfranken identifiziert, der in den vergangenen Wochen und Monaten nicht nur einem bisher noch nie erlebten *Aufwertungsdruck* ausgesetzt war, sondern diesen Trend zudem mit geradezu erratischen Schwankungen hinter sich brachte.

Es ist wohl kein Zweifel daran erlaubt, dass die Wechselkursentwicklung die schweizerische Exportindustrie vor neue Probleme stellt, obwohl bei dieser Feststellung sofort darauf hingewiesen werden muss, dass nicht von einer allgemeinen wechselkursbedingten Einschnürung der schweizerischen Exporte gesprochen werden kann. Das Bild zeigt deutliche Differenzierungen. Deshalb besteht jedoch noch kein Grund, die Lage zu verharmlosen, erwies sich doch bisher die Exportindustrie als eine der *stabilen Säulen* der Konjunkturlage unseres Landes. Erstmals im Laufe der Nachkriegszeit beginnt sie nun zu wanken.

Die Frage stellt sich allerdings, ob die Wechselkursentwicklung allein als Hauptsündenbock bezeichnet werden kann. Gewiss, der Aufwertungssatz ist beeindruckend, erreichte er doch seit dem Übergang zur Politik der flexibeln Wechselkurse im Januar 1973 gegenüber den Währungen unserer wichtigsten Partnerländer über 40%, wobei die Aufwertung gegenüber dem Dollar besonders akzentuiert ausfiel. Er hat die Wettbewerbsstellung der Exportunternehmen auf Drittmärkten in Mitleidenschaft gezogen. Und dies um so mehr, als der Kurs nach allen Informationen, die zur Verfügung stehen, zu einem ganz wesentlichen Teil durch reine Finanztransaktionen, also nicht durch solche, die sich aus dem Waren- oder Dienstleistungsverkehr ergeben, bestimmt wird. Die Exportindustrie kann mit guten Gründen darauf hinweisen, dass der gegenwärtige Kurs als *überhöht* zu betrachten sei.

Wo aber liegt der «richtige» Kurs? Niemand vermag eine befriedigende Antwort auf diese Frage zu geben. Auch die Suche nach einer Antwort, wie es weitergehen könnte, ist mit erheblichen Unsicherheiten belastet. Zwar gibt es eine sogenannte «Durststreckenthese», die die Möglichkeit nicht ausschliesst, dass sich im Herbst eine Versteifung der Zinssätze in den USA (Budgetdefizit) durchsetzen könnte, was sich auf den Nachfragedruck nach Schweizerfranken auswirken müsste. Die Exportindustrie jedoch vermag aus dieser Annahme wenig Trost zu schöpfen, da sie auf unsicherem Boden steht.

Es darf bei einer Beurteilung dieser Problematik nicht übersehen werden, dass die unbefriedigende Entwicklung der Exporte zudem durch die weltweite *Konjunkturabschwächung* mitverursacht wird. Die Exportmärkte sind ganz unabhängig von der Wechselkursfrage nicht mehr so aufnahmefähig wie noch im letzten Jahr. Wäre nur der Wechselkurs an der unbefriedigenden Lage schuld, so müsste es – beispielsweise – der japanischen Uhrenindustrie schon längst gelungen sein, wesentlich vehementer auf Kosten der schweizerischen Uhrenindustrie in den amerikanischen Markt einzubrechen. Dies war bisher nicht der Fall, wohl nicht zuletzt auch deshalb, weil der Wechselkursvorsprung Japans zum Teil durch die rasante Inflation in Japan wieder kompensiert wurde. Wechselkursdifferenzen drücken auch unterschiedliche Inflationsraten aus.

Trotzdem, die schweizerische Wirt-

schaftspolitik hat allen Grund, die Entwicklung im Exportsektor aufmerksam zu verfolgen. Erstmals seit 20 Jahren droht hier ein Einbruch sich anzubahnen, der höchst unangenehme Konsequenzen haben könnte.

*Willy Linder*

## ALTERNATIVEN IN DER FRANZÖSISCHEN EUROPAPOLITIK?

Auch nach einigen Monaten intensiver diplomatischer Aktivität sind die Konturen der Aussen- und Europapolitik Giscard d'Estaings nicht deutlicher geworden. Einerseits versprach Giscard ein «Changement» in der französischen Europapolitik und initiierte er das Pariser Gipfeltreffen vom Dezember 1974; andererseits demonstrierte er mit seinem Votum für die Anerkennung der Palästinenserorganisation PLO und mit seiner Weigerung, der Internationalen Energieagentur der OECD beizutreten, dass Frankreich nach wie vor entschlossen ist, sich seine aussenpolitische Linie nicht von seinen acht EG-Partnern vorschreiben zu lassen. Einerseits griff er mit seinen Vorschlägen zur institutionellen Verbesserung der Gemeinschaftsorgane langjährige Forderungen der Gegner gaullistischer Aussenpolitik auf; andererseits blieben diese Vorschläge unterhalb des Bereichs, in dem die französische Handlungsfreiheit eingeengt worden wäre: das Vetorecht im EG-Ministerrat beispielsweise soll nach französischen Vorstellungen zwar eingeschränkt, aber in Fragen von «nationalem Interesse» doch beibehalten werden – ohne dass vom Quai d'Orsay zu erfahren wäre, wie der Begriff des «nationalen Interesses» zu definieren sei. Einerseits deutete Giscard die Möglichkeit einer Mitarbeit in der Eurogroup an; andererseits liess er erkennen, dass an eine Änderung der bisherigen Verteidigungsdoktrin und an eine Rückkehr in die militärische Organisation der NATO nicht zu denken sei.

### *Keine Wandlung des Gaullismus*

Kritiker der Europapolitik Giscard d'Estaings sprechen denn auch, je nach Standort, bald von einem Verrat am gaullistischen Erbe, bald von einer Fortsetzung des aussenpolitischen Gaullismus. Tatsächlich enthält Giscards Politik beides. Die Europapolitik des französischen Präsidenten ist weniger abhängig von seinen eigenen Vorstellungen (oder denen seiner Berater) als vielmehr von den Ansichten der politischen Kräfte, auf die er sich stützen muss. Europapolitik sei heute grösstenteils französische Innenpolitik, meinte Premierminister Chirac in seiner Regierungserklärung vom 5. Juni 1974; in der Tat muss Giscard, wenn schon nicht in allen spezifischen Ausformulierungen, so doch in den Grundtendenzen seiner Europapolitik auf die Erwartungshaltung der ihn tragenden Kräfte Rücksicht nehmen. Die Ambivalenz der französischen Europapolitik erklärt sich aus der Tatsache, dass das gegenwärtige Regierungslager in seinen aussenpolitischen Vorstellungen gespalten ist.

Giscard selbst sieht gewiss die Not-

wendigkeit ein, den von de Gaulle eingeleiteten Prozess der Verselbständigung und Isolierung Frankreichs rückgängig zu machen, und die traditionell proeuropäischen Kräfte der politischen Mitte um Jean Lecanuet drängen darüber hinaus darauf, dem europäischen Gesamtinteresse Priorität gegenüber dem nationalstaatlichen Partikularinteresse Frankreichs einzuräumen. Von den Kräften des gaullistischen Lagers jedoch, auf dessen Unterstützung Giscard wesentlich angewiesen ist, sind derartige Einsichten und Impulse nicht zu erwarten. Zwischen jener Öffnung für ein grösseres Europa, wie sie Pompidou 1969 in die Wege leitete, und der forcierten Betonung der französischen Unabhängigkeit im Krisenwinter 1973/74 besteht ja kein so grosser Widerspruch wie landläufig angenommen wurde: Das Durchbrechen der selbstverschuldeten Isolation Frankreichs und die Schaffung eines britisch-französisch-deutschen Gleichgewichts zur Abwendung einer deutschen Dominanz sind nicht identisch mit dem Willen zur Schaffung eines Vereinten Europas, sie vertragen sich aber ganz gut mit dem Bestreben, das Potential der europäischen Partner zur Stärkung des französischen Gewichts in der Weltpolitik zu nutzen. Vom Mythos der Grandeur fasziniert, den de Gaulle geschaffen hatte und den seine Erben trotz aller Einsicht in den tatsächlichen Machtverlust nicht gänzlich aufgeben mochten, blieb Frankreich unter Pompidou auf der Stufe einer nur instrumental auf das nationalstaatliche Partikularinteresse gerichteten Europapolitik stehen. Michel Jobert hat in seinen letzten Tagen als Aussenminister die Fortsetzung dieser Politik angekündigt: «Niemand», bemerkte er in seiner Würdigung Pompidous vor der Versammlung der Vereinten Nationen am 10. April 1974, «kann vom Weg der Unabhängigkeit und vom Weg der nationalen Würde für längere Zeit abweichen.» Die Wechselwirkung aus einer national übersteigerten Aussenpolitik und der nationalistischen Erwartungshaltung der Bevölkerungsgruppen, die diese Aussenpolitik tragen, wird weiterhin dafür sorgen, dass der «nationale Stolz» zu den «Gewissheiten Frankreichs» gehört, wie es Jobert ausgedrückt hat. Es ist nur konsequent, dass Giscard d'Estaing mit Blick auf die Gaullisten jeglichen Widerspruch zwischen den aussenpolitischen Konzepten Pompidous und Lecanuets leugnet und die Kontinuität der französischen Aussenpolitik wieder und wieder betont.

Um das dennoch angekündigte Changement zu realisieren, brauchte Giscard die Unterstützung oder zumindest stillschweigende Billigung seiner Europapolitik durch die Linksopposition. Eine derartige Zusammenarbeit des Präsidenten mit der Opposition ist freilich nur unter der Voraussetzung möglich, dass sich Kommunisten und Sozialisten, die beiden Hauptparteien der Linksunion, auf ein gemeinsames europapolitisches Konzept einigen. Um den Preis der eigenen Spaltung ist niemand in der Opposition bereit, mit dem Präsidenten zusammenzuarbeiten; geeint könnte sie in der Unterstützung Giscards die Möglichkeit sehen, Teile des eigenen Konzepts in der Europapolitik zu verwirklichen. Tatsächlich aber sind die europapolitischen Vorstellungen der Kommunisten und der Sozialisten bisher alles andere als einheitlich; zu Recht bezeichnete der kommunistische Generalsekretär Georges Marchais in seiner Programmschrift

«Le défi démocratique» das Thema «Europa» als gegenwärtigen Hauptstreitpunkt zwischen Kommunisten und Sozialisten.

### *Frankreichs Sozialisten: Etappenziel Europa*

In den Augen der Partei François Mitterrands stellte der Gaullismus nicht nur eine permanente Verletzung der Regeln einer parlamentarischen Demokratie dar, sondern auch ein permanentes Hindernis auf dem Weg zu einer europäischen Einigung, die sie als ihre ureigenste Domäne betrachtet. Zu Recht: Vor de Gaulles Machtübernahme 1958 zählte die SFIO zu den Initiatoren jener französischen Europapolitik, die zur Gründung des Europarats und der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl sowie zum Projekt der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft führte. Im Kreis der Sozialistischen Internationale trat sie als der entschiedenste Befürworter einer Europäischen Föderation auf. Unter der Ministerpräsidentschaft ihres Generalsekretärs Mollet führte Frankreich 1956/57 die entscheidenden Verhandlungen um die Gründung der EWG. Sicherung eines Höchstmasses an Unabhängigkeit trotz aller notwendigen Bindung an die USA, Schaffung eines im Weltmassstab konkurrenzfähigen europäischen Wirtschaftsraumes, Schutz vor jeder neuen, selbst einer nur wirtschaftlichen Übermacht des deutschen Nachbarn – diese Motive liessen das Engagement für eine Europäische Autorität mit eigenen Hoheitsrechten zu einem Konstitutivum sozialistischer Politik werden.

Heute haben sich die Motive gewandelt: Das deutsche Problem existiert kaum mehr; die durch den Erfolg des Gemeinsamen Marktes erreichte innereuropäische Wirtschaftsverflechtung legt nun eine gemeinsame Währungs- und Sozialpolitik nahe; im Zuge des Entspannungsgeschäfts der beiden Supermächte gewinnt das Motiv der Unabhängigkeit an Gewicht, wird es zur Sorge um die Durchsetzung spezifisch europäischer Interessen generell. Stärker geworden ist auch die Einsicht, dass entscheidende Veränderungen in der wirtschaftlich-gesellschaftlichen Struktur, wie sie das sozialistische Programm vorsieht, heute nicht mehr in einem europäischen Nationalstaat isoliert von seinen Nachbarn möglich sind; die Auseinandersetzung mit den multinationalen Konzernen etwa steht an der Spitze der Programmpunkte einer sozialistischen Strategie im europäischen Rahmen. Geblieben ist jedoch die Grundorientierung in der auswärtigen Politik: «Um den Sozialismus zu realisieren», so Mitterrand, «muss man Europa schaffen.» Geblieben ist die Bereitschaft, dort fortzufahren, wo de Gaulle 1958 stehengeblieben ist: «Der Aufbau Europas muss ohne Aufschub und ohne Vorbedingungen fortgeführt werden», so die Schlussresolution eines sozialistischen Sonderparteitages zur Europapolitik vom Dezember 1973. Rückkehr in die europäische Währungssolidarität, rasche Verwirklichung einer europäischen Energiegemeinschaft, Demokratisierung der bestehenden Institutionen, Transferierung nationaler Souveränitätsrechte an eine Europäische Politische Autorität, Kampf für die Überwindung des Kapitalismus im Rahmen der europäischen Strukturen, so lauten die Etappenziele.

Welchen Stellenwert diese Überlegungen im Leben der Partei und im

Bewusstsein Mitterrands einnehmen, zeigten die parteiinternen Auseinandersetzungen in der Vorbereitung dieses Sonderparteitages: eine Gruppe meist jüngerer Sozialisten (Joxe, Chevènement, Sarre, u. a.), die in einer «kapitalistischen» Europäischen Gemeinschaft eher ein Hindernis als eine Chance für Frankreichs Weg zum Sozialismus sieht, suchte Mitterrand zur Aufgabe ihres Kurses zu zwingen, indem er seinen Rücktritt vom Amt des Ersten Parteisekretärs für den Fall ankündigte, dass an seinem europapolitischen Konzept Abstriche vorgenommen würden. Der Kongress vom Dezember 1973 wurde zu einem weiteren Erfolg in Mitterrands Parteilaufbahn; sein Europa-Papier wurde fast ohne Änderungen einstimmig verabschiedet; einziges Zugeständnis an die – ohnehin sehr minoritäre – Gruppe der Europa-Kritiker blieb die Versicherung, dass die Transferierung von Kompetenzen an europäische Behörden natürlich nicht die Realisierung des Gemeinsamen Regierungsprogramms der Linken beeinträchtigen dürfe, eine Formel, zu der sich die Parteiführung auch schon bei der Aushandlung des Gemeinsamen Programms mit den Kommunisten bereitgefunden hatte.

### *Frankreichs Kommunisten: Welches Europa?*

Frankreichs Kommunisten waren dagegen lange Jahre die entschiedensten Gegner der europäischen Einigung, die sie nur als Sekundärfunktion der atlantischen Allianz begriffen; mit allen Mitteln nationaler Demagogie kämpften sie gegen das «Europa der Trusts und der Kartelle», das «Europa der antisowjetischen Offensive». In den langwierigen Verhandlungen um das gemeinsame Regierungsbündnis mit den Sozialisten bildete «Europa» das umstrittenste Grundproblem. Als Pompidou im April 1972 die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft zum Gegenstand eines Referendums machte, gelang es ihm fast, Kommunisten und Sozialisten wieder auseinanderzubringen: das sozialistische «Ja» zu Europa und das sozialistische «Nein» zur Regierungspolitik führte notwendigerweise zu einer Stimmenthaltung, während die Kommunisten in beiderlei Hinsicht mit «Nein» stimmen konnten und so die Uneinigkeit der Linken demonstrierten.

Als Georges Marchais und François Mitterrand am 27. Juni 1972 schliesslich doch ihre Unterschrift unter das Gemeinsame Programm setzten, blieb ein grosser Teil der aussenpolitischen Fragen folglich ausgespart. Zwar bekundeten die Kommunisten erstmals grundsätzlich ihre Bereitschaft, «sich am Aufbau der Europäischen Gemeinschaft, an ihren Institutionen und an ihrer gemeinsamen Politik» zu beteiligen, eine Haltung, die weit über die Konzession von Marchais' Vorgänger Waldeck Rochet hinausging, EWG und NATO als Fakten hinzunehmen; doch blieben Gestalt und Zielsetzung dieser Gemeinschaft im dunkeln; von der «Supranationalität» der Sozialisten war nicht mehr die Rede; statt dessen fiel das gaullistische Stichwort der «nationalen Unabhängigkeit».

Seit der Wahlniederlage Chaban-Delmas' am 5. Mai 1974 versuchten sich die Kommunisten der gaullistischen Klientel als die einzig sicheren Garanten für eine Fortführung gaullistischer Aussenpolitik zu empfehlen. Giscard d'Estaings vorsichtigem Versuch

einer «relance européenne» begegneten sie mit einer Renaissance der Themen de Gaulles. Unterwerfung unter den westdeutschen Imperialismus lautete ihr Kommentar zu den Kooperationsansätzen zwischen Giscard und Schmidt, Integration in den atlantischen Block der Kommentar zu den französischen Erwägungen, in der Eurogroup mitzuarbeiten und zum Treffen Giscards mit Ford auf Martinique, nationale Selbstaufgabe der Kommentar zu der vom Pariser EG-Gipfel aufgegriffenen Anregung, das Vetorecht im EG-Ministerrat einzuschränken. «Jedes System, das darin bestehen würde, unsere Souveränität irgendwelchem internationalen Areopag zu übertragen», so Jean Kanapa, Mitglied des Zentralkomitees und Aussenamtsleiter der PCF mit den Worten de Gaulles, «wäre mit den Rechten und Pflichten der französischen Republik unvereinbar.»

Beide Partner der Linksunion haben eine Fortschreibung des Gemeinsamen Programms angekündigt. Ob es dabei möglich sein wird, eine gemeinsame sozialistische Europapolitik zu formulieren, ist offen. Für ein Durchsetzen der sozialistischen These spricht neben der neuen Stärke der sozialistischen Partei der Druck der italienischen Kommunisten unter der Führung Berlinguers, die dem Ausbau der Europäischen Gemeinschaft als Conditio sine qua non für den Aufbau des Sozialismus in den westeuropäischen Ländern inzwischen den Vorrang vor einer Auflösung der Blöcke in eine «gesamteuropäische» Zusammenarbeit geben und die ihre französischen Kollegen als Bündnispartner für die Realisierung sozialistischer Strukturen innerhalb eines Vereinten Europas gewinnen wollen. Immerhin arbeiten PCF- und PCI-Abgeordnete im Strassburger Europarat bereits in einer gemeinsamen Fraktion an der Demokratisierung der europäischen Gemeinschaftsorgane, und immerhin hat Marchais auf der Brüsseler Konferenz westeuropäischer Kommunisten im Januar 1974 einer gemeinsamen Erklärung zugestimmt, in der von einem demokratischen und unabhängigen Westeuropa die Rede ist, das mit den USA und den sozialistischen Ländern Beziehungen der friedlichen Zusammenarbeit unterhalten werde. Für ein Beharren auf dem europapolitischen Status quo des Gemeinsamen Programms spricht dagegen die auf dem kommunistischen Parteitag vom Oktober 1974 deutlich gewordene Notwendigkeit, nicht allzu schnell mit der traditionellen Ideologie zu brechen. So überraschte etwa Charles Fiterman, Mitglied des Zentralkomitees und persönlicher Sekretär Marchais', auf dem Parteitag mit einem Plädoyer für die «sozialistischen Länder» des Ostblocks: trotz mancher «schwerer Fehler und tragischer Irrtümer» seien sie immer noch als die ersten Staaten anzuerkennen, in denen der Sozialismus existiere. Bei allem Beharren auf dem eigenen Weg zum Sozialismus ist die PCF nicht bereit, die traditionelle Solidarität zur Sowjetunion völlig aufzugeben.

### *Fortschritte in der Einigung, keine Bindung an die USA*

Sollte 1975 der Status quo des Gemeinsamen Programms überwunden werden, so dürften sich gemeinsame Zielfestlegungen im Rahmen der Vision eines politisch, wirtschaftlich, auch militärisch starken Vereinten (West-)Eu-

ropas bewegen, das von den USA völlig unabhängig wird und dann den Weg zu einer sozialistischen Gesellschaft beschreitet. Gerade diese – im Präsidentschaftswahlkampf von Mitterrand bereits mehrfach angedeutete – Vision muss sich jedoch den Vorwurf gefallen lassen, in mehrfacher Hinsicht unrealistisch zu sein:

— Sie unterschätzt die Beharrungstendenzen der beiden Blöcke in Europa, die trotz aller aus Sachzwängen resultierender partieller Entspannung noch lange auf ihre Fortexistenz angewiesen sind;

— sie überschätzt die materiellen Ressourcen Westeuropas, die auch nach seiner Einigung nicht hinreichen würden, eine gänzlich unabhängige Politik zu gewährleisten – genauso, wie die gaullistische Politik die materiellen Ressourcen Frankreichs überschätzte;

— sie überschätzt die Bereitschaft der eher pragmatisch ausgerichteten sozialistischen Bruderparteien in den westeuropäischen Ländern, sich auf eine gemeinsame europäische Sozialismus-Strategie einzulassen.

Immerhin: Gelingt es der Linksunion, sich auf ein europapolitisches Konzept zu einigen, und gelingt es Giscard, die Unterstützung der Linksunion für ein Changement in der Europapolitik zu finden, so wäre, soweit es die französische Seite betrifft, ein substantieller Fortschritt im europäischen Einigungsprozess möglich. Wozu dieses Europa schliesslich dient, bliebe offen; der europäisch-amerikanische Konflikt bliebe weiterhin vorprogrammiert, zumindestens solange, bis sich die USA entschieden haben, ob sie nun ein vereinigtes und demzufolge unabhängigeres Europa haben wollen oder nicht.

*Wilfried Loth*

## KONKORDANZDEMOKRATIE ALS AUSWEG?

Der deutsche CDU-Vorsitzende Helmut Kohl sagte neulich, «in einer Stunde äusserster Not» sei er für eine Allparteien-Koalition. Die «New York Times» weiss zu berichten, dass in den Vereinigten Staaten manche einflussreiche Politiker die Möglichkeit einer Koalitionsregierung von Republikanern und Demokraten ernsthaft in Erwägung ziehen. In Nord-Irland spricht man von einem «power sharing» zwischen Protestanten und Katholiken. In Zypern sucht man nach Wegen, um beide Volksgruppen an einer zentralen Regierung zu beteiligen.

Die Regierungsform, die in all diesen Fällen zur Diskussion gestellt wird, nennt man in der Literatur der Politischen Wissenschaft im allgemeinen Konkordanzdemokratie. Das Merkmal dieser Regierungsform besteht darin, dass alle einigermassen bedeutsamen Parteien an der Regierungsmacht partizipieren. Konkordanzdemokratie ist damit ein Alternativmodell zur klassischen demokratischen Form, in welcher der Regierung eine zahlenmässig starke Opposition gegenübersteht. Um die Konkordanzdemokratie hat in den letzten Jahren in der Politischen Wissen-

schaft eine eingehende Diskussion stattgefunden. Führend daran beteiligt waren vor allem Arend Lijphart von der Universität Leiden und Gerhard Lehmbruch von der Universität Tübingen.

Es gibt eine grössere Zahl von Ländern, die bereits mit Formen der Konkordanzdemokratie experimentiert haben. Zu erwähnen sind etwa Libanon, Venezuela und Uruguay. Am konsequentesten und auch am längsten haben indessen Österreich, die Schweiz und die Niederlande die Konkordanzdemokratie praktiziert. In Österreich wurde von 1945 bis 1966 die Regierung gemeinsam von der Volkspartei und den Sozialdemokraten geführt. Die Schweiz ist auch heute noch eine Konkordanzdemokratie, indem die vier grössten Parteien proportional zu ihrer Parlamentsstärke im Bundesrat vertreten sind. Die volle Proportionalisierung erreichte die Schweiz 1959, als auch den Sozialdemokraten zwei Sitze im Bundesrat eingeräumt wurden. Die Niederlande haben von 1917 bis um 1965 verschiedene Formen der Konkordanzdemokratie gekannt, wobei jeweils die Katholiken, die Calvinisten, die Sozialisten und die Liberalen zusammengearbeitet haben.

Österreich, die Schweiz und die Niederlande gelten im allgemeinen als stabile und gut regierte Länder. Diese positive Einschätzung könnte dazu verleiten, dass die Idee der Konkordanzdemokratie unkritisch auch von anderen Ländern übernommen wird. Diese Möglichkeit besteht um so mehr, als unter den gegenwärtigen ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen die klassische kompetitive Demokratieform manche Nachteile aufzuweisen scheint. Umfrageergebnisse zeigen, dass in manchen Ländern viele Leute den Glauben verloren haben, das Wechselspiel zwischen der Regierung und einer zahlenmässig starken Opposition sei eine adäquate Regierungsform, um die grossen anstehenden Probleme zu lösen. Bevor aber auf Formen der Konkordanzdemokratie umgestellt wird, sollte untersucht werden, ob nicht auch dieser Regierungsform schwere Mängel anhaften.

Zunächst einmal muss festgestellt werden, dass Konkordanzdemokratie nicht unter beliebigen Voraussetzungen einzurichten ist. Es genügt nicht, durch eine Verfassungsbestimmung die Konkordanzdemokratie gewissermassen zu proklamieren, wenn die nötigen Voraussetzungen fehlen. Eine wichtige Bedingung, damit die Konkordanzdemokratie überhaupt zum Spielen kommt, scheint darin zu bestehen, dass keine der politischen Gruppen zahlenmässig eine hegemoniale Stellung einnimmt. In Österreich hielten sich zur Zeit der Grossen Koalition die Volkspartei und die Sozialisten ungefähr die Waage. In den Niederlanden hatte keine der vier grossen politischen Gruppen jemals auch nur annähernd eine Mehrheitsposition inne. In der Schweiz könnte man annehmen, die Deutschsprachigen seien mit rund 70% der Bevölkerung zahlenmässig in einer hegemonialen Stellung. Doch es ist zu berücksichtigen, dass die deutschsprachige Schweiz parteipolitisch und konfessionell gespalten ist und ausserdem stark eigenständige Kantone hat, so dass auch in der Schweiz nicht davon gesprochen werden kann, eine bestimmte politische Gruppe habe zahlenmässig eine hegemoniale Stellung inne. In Nord-Irland und Zypern dagegen sind die Protestanten beziehungsweise die Griechisch-Zyprioten zahlenmässig derart in einer

Mehrheit, dass es schwer halten dürfte, eine funktionierende Konkordanzregierung einzurichten. Es würde wahrscheinlich die Gefahr bestehen, dass die Mehrheit ihre zahlenmässige Stärke auszunützen versucht und sich die Minderheit dauernd als benachteiligt fühlt.

Eine zweite Voraussetzung, dass es zu einer Konkordanzdemokratie kommt, scheint darin zu bestehen, dass sich ein Land einer gemeinsamen internationalen Drohung ausgesetzt fühlt. Die schweizerische Konkordanzdemokratie hat sich unter dem nationalsozialistischen Druck stark entwickelt, und noch während des Krieges wurde der erste Sozialdemokrat in den Bundesrat aufgenommen. Österreich war von den vier Siegermächten besetzt, als es eine Konkordanzdemokratie einrichtete. In den Niederlanden ist es unter dem Druck des Ersten Weltkrieges zur Konkordanz gekommen. Nord-Irland und Zypern befinden sich natürlich auch unter einem gewissen internationalen Druck, aber dieser Druck wird von den einzelnen politischen Gruppen in den beiden Ländern verschieden perzipiert. Die Griechisch-Zyprioten beispielsweise sehen den Druck primär von der Türkei, die Türkisch-Zyprioten von Griechenland. Diese unterschiedliche Beurteilung des internationalen Druckes ist dem Entstehen einer Konkordanzdemokratie nicht förderlich, sondern bildet im Gegenteil ein zusätzliches Hindernis.

Die dritte und wahrscheinlich die wichtigste Voraussetzung für die Errichtung einer Konkordanzdemokratie ist das Bestehen von sozialen Normen, welche eher die Kooperation als die Kompetition als politisches Verhaltensmuster fördern. Sowohl in der Schweiz wie in den Niederlanden besteht seit Jahrhunderten eine Tradition der Zusammenarbeit verschiedener Stände. Wie Lehmbruch nachgewiesen hat, konnte auch die österreichische Konkordanzdemokratie auf alte Formen des Aushandelns zurückgreifen. Solche tief verwurzelte Normensysteme dürften in manchen Ländern, die sich heute um eine Konkordanzdemokratie bemühen, nicht in genügendem Mass vorhanden sein.

Die Tatsache, dass Konkordanzdemokratie nur unter bestimmten, relativ seltenen, Bedingungen möglich zu sein scheint, ist nicht das einzige Problem mit diesem Modell. Wenn die Konkordanzdemokratie für längere Zeit praktiziert wird, stellen sich negative Nebenerscheinungen ein. Bedeutsam ist einmal, dass die Oppositionsfunktion verkümmert. Wenn alle grösseren Parteien in der Regierung vertreten sind, hat der Bürger keine grossen Möglichkeiten mehr, seine Unzufriedenheit mit der Regierungspolitik durch den Stimmzettel auszudrücken. Dieser Mangel ist in Österreich und den Niederlanden besonders Mitte der 1960er Jahre deutlich geworden, als eine politisch aktivere junge Generation in das politische Leben eintrat. Die fehlenden Oppositionsmöglichkeiten haben denn auch dazu beigetragen, dass das Konkordanzmodell sowohl in Österreich wie in den Niederlanden verlassen wurde. In der Schweiz ist zu berücksichtigen, dass die Bürger weniger auf Parlamentswahlen angewiesen sind, da sie mit dem Referendum und der Volksinitiative über wirksame Mittel verfügen, um Opposition auszudrücken. Ausserdem sind die Wahlen in der Schweiz so gestaltet, dass die Bürger die Parteilisten kumulieren und panaschieren können, was zusätzliche Einflussmög-

lichkeiten verschafft. Trotzdem macht sich auch in der Schweiz ein Malaise um die mangelnden Oppositionsmöglichkeiten des Konkordanzmodells bemerkbar.

Die zweite negative Folge der Konkordanzdemokratie besteht in ihrer Innovationsfeindlichkeit. Das erklärt sich einmal daraus, dass es in der Regel sehr zeitraubend ist, unter allen Koalitionspartnern zu einem Entscheid zu kommen, so dass die Regierung oft nur langsam reagieren kann. Noch wichtiger ist aber, dass bei jeder Neuerung der konservativste Koalitionspartner mehr oder weniger eine Vetoposition besitzt. Sowohl in der Schweiz wie in Österreich und den Niederlanden ist der konservative Charakter der Konkordanzdemokratie oft bemängelt worden.

Soll angesichts dieser negativen Folgen von der Konkordanzdemokratie abgeraten werden? Das Modell kann jedenfalls nicht ohne grosse Vorbehalte empfohlen werden. Das Bedenkliche in der heutigen weltpolitischen Situation ist aber, dass in vielen Ländern auch das klassische kompetitive Demokratiemodell grosse Schwächen zu zeigen scheint. Selbst England, bis vor kurzem das Paradebeispiel des klassischen Demokratiemodells, ist offensichtlich in grossen Nöten. Diese unerfreuliche Situation führt zwangsläufig zur Frage, ob in der heutigen Zeit die Demokratie überhaupt noch eine Chance hat. Es gibt Kommentatoren, die sich hierzu recht pessimistisch äussern. Eine Hoffnung besteht vielleicht darin, dass zwischen dem klassischen Demokratiemodell und dem Konkordanzmodell Mittellösungen gefunden werden können, die sich dann als erfolgreich erweisen. Österreich geht zurzeit einen solchen Mittelweg, indem wohl das reine Konkordanzmodell verlassen wurde, aber doch wichtige Konkordanzelemente beibehalten wurden. So besteht auf der Ebene der Regierung ein kompetitives System, aber auf der Stufe der Sozialpartner gibt es weiterhin eine enge Kooperation. Österreich scheint vorläufig mit diesem gemischten System nicht schlecht zu fahren. Vielleicht könnte dieses System auch auf andere Länder angewendet werden. Besonders bedeutsam wird sein, zu welchem System sich die Europäische Gemeinschaft entscheiden wird, wenn es wirklich einmal zu einer europäischen Regierung kommen sollte. Wahrscheinlich würde sowohl das klassische Demokratiemodell wie das Konkordanzmodell mit grossen Nachteilen verbunden sein. Aber vielleicht würde sich eine gemischte Form wie in Österreich bewähren. Was das indessen für das Regierungssystem der Europäischen Gemeinschaft konkret bedeuten würde, erscheint beim jetzigen Stand der Diskussion noch als ungewiss. Es dürfte sich lohnen, wenn sowohl die Praxis wie die Wissenschaft in den nächsten Jahren versuchten, in dieser Hinsicht zu etwas konkreteren Vorstellungen zu gelangen.

*Jürg Steiner*

## ZUCKMAYERS «RATTENFÄNGER»

*Nach der Uraufführung in Schauspielhaus Zürich*

Auf die Uraufführung der dramatisierten Fabel «*Der Rattenfänger*» von *Carl Zuckmayer* zurückzukommen, die Ende Februar im Schauspielhaus Zürich stattfand, besteht nicht deswegen Gund, weil der Abend gebracht hätte, was man – oft allzu voreilig – ein epochales Ereignis zu nennen pflegt. Das ist dieses neue Stück eines alten Mannes und seine Inszenierung durch *Leopold Lindtberg* sicher nicht. Es gehen davon keine die Szene verändernden Impulse auf die Entwicklung des Theaterschaffens aus, das Werk ist nicht von der Art, dass sich eine jüngere Generation in seinen Figuren und Bildern selbst erkennt. In der Aufnahme durch die Kritik kommt das deutlich zur Geltung, und eben dies – scheint mir – müsste uns zu Überlegungen anregen, die bisher nicht angestellt wurden. Im allgemeinen waren die Aufführungsberichte wohlwollend, ja nicht ohne Bewunderung für die in ihrer Art ungebrochene Kraft des Altmeisters unter den deutschen Dramatikern. Aber dass es «Theater von gestern» sei, das da uraufgeführt wurde, ist – verklausuliert und offen – mehrmals ausgesprochen worden. In einer Kritik stand nach dieser Feststellung in Klammer allerdings: «und *vielleicht* von morgen».

Es gibt verschiedene Gründe für diese Reaktion der Rezensenten, die es vorwiegend mit dem aktuellen, oft mit dem avantgardistischen Theater zu tun haben. Ihre vornehmste und wichtigste Aufgabe ist es, Entdeckungen zu machen und Durchbrüche festzustellen oder zu fördern, in denen das Zeitalter zu sich selber kommt. Dass dabei nur zu oft Seifenblasen bestaunt und Spiegelfechtereien hochgespielt werden, darf uns darüber nicht verunsichern. Nun war es offensichtlich auch Zuckmayers Absicht, die Geschichte vom Rattenfänger im Hinblick auf die Gegenwart auszudeuten. Dies sei eine Fabel, keine Historie, sagt er im Vorwort. Und in der Tat entwickelt er aus der bekannten Sage von dem Mann, der die Stadt Hameln von der Rattenplage befreit, hernach aber – aus Zorn über vorenthaltenen Lohn – mit der gleichen verführenden Zaubermacht seines Flötenspiels die Kinder und Jugendlichen zum Auszug bewegt, eine Utopie der Befreiung. Der Bunting, nach seinem Gewand genannt, das gleich dem Hippie-Look ausser jeder Norm steht, erweckt die Hintersassen von Hameln und die Jugendlichen insgesamt zu Aufruhr und Aufbruch. Sie wollen in einem fernen Land an einer besseren und gerechteren Gesellschaft bauen.

Auf die Frage, ob man solche Träume angesichts des zwanzigsten Jahrhunderts noch haben könne, hat Carl Zuckmayer geantwortet: *Nur* angesichts des zwanzigsten Jahrhunderts. Man weiss nicht recht, was der Interviewer mit «solchen Träumen angesichts des zwanzigsten Jahrhunderts» gemeint hat. In der Frage steckt ja nicht nur die Vorstellung, gewisse Stoffe, gewisse Themen seien heute unzeitgemäss; weit eher scheint der Fragesteller zu meinen, sie seien nicht mehr möglich.

Nach der Uraufführung in Zürich, die zu einem eindeutigen Publikumserfolg wurde, möchte ich vermuten, es seien vielleicht eher formale als inhalt-

liche Gründe, die zu der Etikette «Theater von gestern» Anlass geben. Utopien wie die der Jugendlichen von Hameln sind durchaus in dieser unserer Gegenwart virulent (man denke an «Longo Mai»); aber ihre Verfechter stellen sie nicht so naiv und feuerköpfig dar, wie der bald achtzigjährige Carl Zuckmayer die seine, sondern stützen sich auf Sozialtheorie und Wissenschaft. Ihr Gehaben ist das der aufklärerischen Rechthaberei, während Zuckmayer dem Gefühl, der Romantik die Zügel schiessen lässt. Allen Einwänden im einzelnen zum Trotz möchte ich vorweg feststellen, dass sein Stück trägt, dass es Atmosphäre hat, den Schauspielern Rollen anbietet und dem Publikum nicht nur Schauvergnügen, sondern auch Einsichten gibt.

Die Stadt Hameln ist zweigeteilt, es gibt die vordere Stadt, in der die Handelsherren und Geldbürger residieren, und es gibt die hintere Stadt ausserhalb der Mauern, wo die Armen, die Kriegsveteranen und die zwielichtigen Existenzen wohnen. Der Rattenfänger sieht sich von irgendwoher in diese Stadt verschlagen, nimmt Arbeit beim kleinen Henker an, spielt auf seiner Flöte und ist sofort das beunruhigende, störende, jedoch auch faszinierende Element. Der Fremdling als Katalysator sozialer und generationsbedingter Konflikte: das ist zweifellos eine Deutung der Rattenfänger-Fabel, die einerseits aus der Überlieferung hervorgeht und anderseits den Instinkt Zuckmayers für das Exemplarische und gleichsam Zeitlos-Aktuelle der Figur bestätigt. Der Bunting fasziniert selbst Divana, die schöne Gattin des Stadtregenten, er erweckt das Pflegekind des kleinen Henkers, ein schüchternes Aschenbrödel, und er sammelt schliesslich die Jugendlichen aller sozialen Schichten in dem Willen, ein neues, ein anderes Leben zu beginnen, sich Werkzeuge zu beschaffen und Flösse zu bauen, um in das Land «hinter den sieben Bergen» zu ziehen, wo kein Ordensherr oder Vogt Fronarbeit und Zinsen verlangt. Es sei kein Märchenland, wird ausdrücklich betont, jedoch fruchtbare Erde, die dem Fleissigen seine Mühen lohnt.

Vielleicht ist diese Utopie zu vage, vielleicht hat sie – und vollends in Lindtbergs schöner, die Fabel wie ein Bilderbuch genüsslich umblätternder Inszenierung – etwas gar zu lebensfromme und erbauliche Züge; schon dem Interviewer vom NDR Hamburg, der ja erst das Buch kannte und dann seine Frage nach der Möglichkeit dieser Utopie angesichts des zwanzigsten Jahrhunderts stellte, schien sie wohl eher ein Traum oder gar ein Wahn. Aber ist das nicht gerade Zuckmayers entwaffnende Stärke, dass er die ideologischen und soziologischen Konkretisierungen offensichtlich für Nebensache, die Kraft des Aufbruchs aus dem reinen Gefühl heraus aber als Hauptsache sieht? Natürlich ist seine Anspielung auf das Drogenproblem, diese für mein Gefühl gar zu pathetische Szene im Stadtgraben, wo die Jugendlichen lagern und «Laudanum, Canabis, Hanf und Mohn» räuchern, fast schon naiv. Seine Darstellung des Regiments der Reichen, das beispielsweise den kleinen Henker zum willenlosen Werkzeug macht, hat allzu simplifizierende Züge. Aber das könnte man von manchem politisch konkreteren Theaterstück der Gegenwart erst recht sagen, nur merkt man es da weniger, weil modische Terminologie und der Jargon der Aktualität dem

Inhalt einen für uns Heutige höheren Betroffenheitsanspruch verleihen. Zuckmayer spricht nicht diese Sprache; es ist vielmehr wie eine Mischung aus Sturm und Drang, aus Expressionismus und volkstümlicher Derbheit, was seine Figuren reden, im ganzen voller Bildhaftigkeit und Vitalität und hierin wiederum manchem überlegen, was als «Theater von heute» etikettiert ist.

Auch dieses Spätwerk zeigt den Dramatiker Zuckmayer als unbekümmerten Einzelgänger, den man keiner Richtung zuordnen könnte. Er verwendet Elemente des epischen Theaters, arbeitet mit dem Brecht-Song und – nicht durchaus glücklich – mit der Figur des Chronisten, der das Geschehen einleitet und kommentiert. Es geht dem Dichter jedoch nicht darum, Figuren und Vorgänge zu verfremden: er gestaltet Volks- und Liebesszenen poetisch und gefühlvoll, er bewegt sich in Sentenzen und pathetischen Ausbrüchen voran, wird alsbald realistisch-derb und ab und zu auch wieder lyrisch. Man kann es natürlich ekklektisch oder inkonsequent nennen; richtiger wäre wohl, vom Zuckmayer-Stil zu reden. Denn die Individualität des grossen alten Mannes ist so stark und so unverkennbar, dass er sich diese Anlehnungen und Übernahmen ohne allzu grosse Gefahr leisten kann. In seiner Hand wird es Eigengewächs, das eine mehr, das andere weniger. Wichtig scheint mir, dass in allem das Feuer, der jugendliche Enthusiasmus eines Achtzigjährigen zu spüren ist, der Impetus, der den jungen Autor einst ausgezeichnet und der ihn in allen Fährnissen seines Lebens offensichtlich nicht verlassen hat. «*Der Rattenfänger*» ist ein bewegendes Zeugnis dafür, dass er sich selber treu geblieben ist.

Die Inszenierung Lindtbergs freilich, so schön und umsichtig sie angelegt ist, hat möglicherweise den alten Feuergeist zu sehr gezähmt. Bühnenbild und Kostüme (*Zbyněk Kolář* und *Radoslava Kolářová*), im ganzen zweckmässig und bei aller Einfachheit nicht ohne Atmosphäre, wie sie zu diesem Stück gehört, gleiten in Einzelheiten ins Putzige ab: das Knusperhäuschen des kleinen Henkers zum Beispiel, die Schulstunde im Chorgestühl. Es ist zweifellos eine imponierende Leistung, ein Riesenaufgebot an erfahrenen und mehr noch an unerfahrenen Schauspielern auf der verhältnismässig kleinen Pfauenbühne so zu dirigieren, dass rasche Wechsel, Dynamik und Tempo gewährleistet sind. Aber Zuckmayers Fabel verlangt nicht so sehr nach geschmackssicherer Anordnung als vielmehr nach dem Naturhaften, Urwüchsigen und selbst Chaotischen. Hier versagt die Zürcher Inszenierung, vornehmlich in den Szenen der Jugendlichen von Hameln. Anderseits hat sie darstellerische Aktivposten, die sich sehen lassen dürfen. *Helmut Lohners* Bunting ist rundum überzeugend, ein Schauspieler und eine Rolle, die sich gesucht zu haben scheinen. Und es gibt ausserdem sowohl im Lager der Hintersassen wie in dem der regierenden Bürgerschicht Figuren, die Profil haben und sich einprägen.

Aber kommen wir auf die merkwürdige Erscheinung zurück, dass der Abend, an dem Carl Zuckmayer – «kein Misston störte» («*Süddeutsche Zeitung*»), «ein Familienfest» (*Münchner «Abendzeitung»*) der Autor «in Watte gepackt» («*Die Welt*») – stürmisch gefeiert wurde, bei der Kritik vorwiegend als «Theater von gestern (und *vielleicht* morgen)» empfunden wurde. Da fand einer, von der heutigen

Jugend wisse der Autor sichtlich wenig; was da auf die Bretter komme, sei noch nicht einmal Klischee, sondern schon eher Operette. Ein anderer glaubte vor dem überladenen Bilderbogen «Kurzweil, aber wenig Substanz» zu spüren. Die Beispiele könnten beliebig vermehrt werden. Aber so ganz sicher fühlen sich die Sensibleren unter den Kritikern doch nicht. Hat am Ende Leopold Lindtberg «mit zäher Feierlichkeit und vielen Verharmlosungen» Schuld daran, dass aus der Sozialballade vom Rattenfänger «gemütvoll dampfendes Volks- und Märchentheater» wurde? *Benjamin Henrichs* räumt in seiner Kurzkritik in der «*Zeit*» ein, man könne zwar Zuckmayers Philosophieren naiv, seine literarischen Mittel grotesk finden, könne sich an einer Sprache erheitern, die sich entweder schillerisch-sentenzenhaft aufblähe oder aber volkstümlich poltere. Aber dahinter erhebe sich, «beinahe unversehrt, eine rührende, eine imponierende Person: Carl Zuckmayer, der ohne Angst vor Schimpf und Spott etwas im guten Sinne Un-Verschämtes geschrieben hat – nicht unbedingt ein Drama, wohl aber das Dokument einer ungebrochenen Lebensfrömmigkeit und Menschenliebe». Das also, müsste man schliessen, wäre das Unzeitgemässe? Ich habe die Vermutung ausgesprochen, es seien vorwiegend formale Gründe, die das Werk schon bei seiner Uraufführung antiquiert erscheinen lassen. In der Tat ist seinem Autor Sprachskepsis, wie sie die zeitgenössische Literatur und besonders auch die Dramatik kennzeichnet, völlig fremd. Man sieht es schon an den Namen, die er seinen Figuren gibt: Hutzelbein, Köterinck, Eulenzwitsch, Schlitzbauch und Lapperjan für das Gelichter der hinteren Stadt, Gruelhot, von Emmern, vom Felde, Scadelant, Henricus Guelficus Immensis und dann etwa Divana Coelestina, Stellamarie, Heidelore und Gudula für das Patriziat der vorderen Stadt. In der theatergeschichtlichen Epoche eines Godot, in einer Zeit, da blosse Ideenträger oder höchstens noch Karikaturen, Zerrbilder dessen, was ein ganzer Mensch sein könnte, die Bühnen bevölkern, Wesen, zu denen nur noch einsilbige Namen passen, muss allein schon dieser Namenkatalog befremden. Desgleichen, wenn sie sprechen: ist denn diese vertrauensselige Sprache, dieser Bilderreichtum, dieses Schwelgen in Kraftausdrücken und Gefühlstönen noch möglich? Dass es unserer Generation und den Jüngeren vollends nicht mehr über die Lippen und aus der Feder geht, ist verständlich. Aber Carl Zuckmayer, Jahrgang 1896, ist schliesslich zu seiner Sprache genau so legitimiert wie die Heutigen zu der ihren. Ich empfinde es als Gewinn, dass er seine unbekümmerte und vertrauensstarke Deutung der Welt im hohen Alter noch vertritt, zudem mit einem grossen neuen Theaterstück, das «Lebensfrömmigkeit und Menschenliebe» atmet. Kulturelle Gegenwart, das ist ja nicht nur die allervorderste Schaumkrone, sondern auch das, was nachwirkt bis auf uns, auch die Wiederentdeckung, auch die Spannung zwischen dem Theater von gestern und dem von morgen. Und ich meine, durch alle teils befremdlichen, teils naiven und literarisch antiquiert wirkenden Züge der Zuckmayerschen Deutung der Fabel vom Rattenfänger hindurch strahlt eine Möglichkeit des Menschen, die nicht verspielt werden darf.

*Anton Krättli*